

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 4,50 M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postreformliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interessante Stellen, Anzeigen, Inserate, etc. oder deren Name L 20 III., Wortanzeigen das freigelegte Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg. Teuerungszuschlag 10 Proz. Familien- und Vereinstätigenangelegenheiten (mit der Aufsicht) frei. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Regierung und Vogels Flucht.

Die Flucht des Oberleutnants Vogel.

Gute Vorbereitung!

Wir erhalten folgenden Brief:
Berlin, den 20. 5. 1919.

Wertes Genosse!

Zu den Mitteilungen über die Flucht des Oberleutnants Kurt Vogel stelle ich folgendes fest:

Am 14. Mai, dem letzten Verhandlungstage des Prozeses wegen der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, habe ich, viele Stunden vor der Verkündung des Urteils, nämlich in den ersten Nachmittagsstunden, dem Herrn Kriegsminister Reinhardt telefonisch mitgeteilt, daß für die Angeklagten bereits

Pässe auf falschen Namen

beforgt seien, insbesondere für den Oberleutnant Kurt Vogel ein Pass auf den Namen Kurt Velsen. Der Kriegsminister erwiderte mir u. a., daß ja doch die Angeklagten in Haft seien; ich habe ihm darauf bemerkt, daß für jeden Fall die gehörige Bewachung der Angeklagten nötig sein würde.

Die Mitteilungen über die falschen Pässe habe ich ebenfalls am frühen Nachmittage des 14. Mai Herrn Ministerialdirektor Kauscher in der Reichskanzlei mündlich gemeldet, damit er sie dem Herrn Ministerpräsidenten und den übrigen zuständigen Stellen weitergebe. Herr Kauscher hat mir auf meine geistige Anfrage bestätigt, daß er meine Mitteilungen weitergegeben, insbesondere auch mit dem Herrn Kriegsminister darüber gesprochen habe.

Einer besonderen Erläuterung scheinen mir diese Tatsachen nicht bedürftig zu sein.

Mit Parteigrüß Ihr Dr. Oskar Sohn.

Vogels Gönner.

Die Befreiung des Oberleutnants Vogel aus dem Gefängnis wird in der bürgerlichen und der rechtssozialistischen Presse mit Nachsicht beurteilt. Man drückt entweder nur die offiziösen Redewendungen nach oder bezieht sich mit einigen leise tadelnden Worten über die schlechte Bewachung des Mannes. Der "Vorwärts" allerdings übertrumpft bei dieser Gelegenheit sich selbst dadurch, daß er nicht etwa das Edelhotel und die Mitkuldigen der Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anreißt, sondern "Unabhängige und Spartakisten". Hören wir das Blatt:

Wendings haben die Unabhängigen und Spartakisten, die jetzt das lauteste Geschrei erheben, das geringste Recht zur Erregung. Gerade sie haben in zahlreichen Fällen das böse Beispiel gegeben und die gewalttätige Gefangenensicherung zu einer Dauererscheinung gemacht. Entweder sei nur an die Gefürchteten zahlreicher Gefangnisse. Erst jüngst wurde die vorhabende Spartakistin Rosi Wolffstein von einem bewaffneten Hausen mit dem Gefängnis geholt. In Gefangenschaft ist noch, wie Eichhorn bei seiner vorübergehenden Befreiung mit Gewalt befreit wurde. Die Freunde Vogels haben von ihrem Standpunkt aus genau dasselbe getan, wie die Anhänger Eichhorns oder Rosi Wolffsteins. Wir bezweifeln das eine wie das andere. Wer aber selber gewalttätige Gefangenensicherung betreibt, hat kein Recht, sich zu enträsten, wenn der politische Gegner ihn darin nachahmt.

Man muß schon so schamlos und so verlogen wie das rechtssozialistische Zentralorgan sein, um einen des gemeinen, hinterhältigen Roddes Beschuldigten gleichzusetzen mit Leuten, die wegen politischer Verbrechen verfolgt werden. Der "Vorwärts" macht diesen Unterschied nicht, weil er überhaupt nicht mehr proletarisch, sondern nur nach bürgerlich-kapitalistisch empfinden kann.

Über das Ganze hat noch einen anderen Sinn. Der

"Vorwärts" sieht es gar nicht so ungern, daß Vogel befreit worden ist; um seine Spur zu verwischen, heßt er gegen "Unabhängige und Spartakisten".

"In der vorgelegten Form" unannehmbar.

Paris, 19. Mai.

Bei den am Sonntag in Spaai erfolgten Besprechungen zwischen den Reichsministern Dr. Deubourg, Graf Brodowski-Mankau und Wiffel, dem preussischen Finanzminister Dr. Siedemund und den aus Versailles und Berlin eingetroffenen Wirtschaftsfinanzfachverständigen wurde vollkommene Übereinstimmung dahin festgestellt, daß der Friedensentwurf der Entente in der vorgelegten Form unannehmbar ist. Bei dem in der gesamten Welt herrschenden Wunsch nach Herbeiführung eines dauernden Friedens soll jedoch von deutscher Seite nichts unversucht gelassen werden, eine brauchbare Basis für einen Frieden zu finden, der den berechtigten Forderungen der Gegner Rechnung trägt und für das deutsche Volk erträglich und erfüllbar ist.

Keine vollständige Veröffentlichung der Friedensbedingungen.

London, 19. Mai. (Reuter.)

Im Unterhaus gab Bonar Law bekannt, die alliierten Regierungen hätten beschlossen, gegenwärtig nicht die gesamten Bedingungen des Friedensvertragsentwurfes zu veröffentlichen. Auch erzielten sie Erörterungen in den Parlamenten im Augenblick für nachteilig. Bonar Law wiederholte darauf die Erklärung, daß die Ratifizierung des Vertrages erst erfolgen werde, nachdem die Parlamente ihre Zustimmung gegeben hätten.

Die Verhandlungen mit Oesterreich.

Selbst Germain, 19. Mai. (Reuter.)

Der Austausch der Beglaubigungsschreiben zwischen den österreichischen Delegierten und der interalliierten Kommission fand heute statt. Er dauerte nur fünf Minuten.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Unabhängige Sozialdemokratie ruft Euch zur Massendemonstration am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, nach dem Lustgarten und Schloßplatz auf.

Niemand darf bei dieser Kundgebung fehlen.

Sie muß von ungeheurer Gewalt werden, denn es handelt sich darum, zu zeigen, daß die Masse des Berliner Proletariats weder für neue Abenteuer zu haben, noch die Unklarheiten der Politik der Regierung und der Rechtssozialisten mitzumachen geneigt ist.

Der Vorstand des Bezirksverbandes der Rechtssozialisten betont heute in einem Aufruf im "Vorwärts", daß der Kampf um den Frieden noch nicht entschieden sei.

Gerade diese Tatsache macht es dringend notwendig, daß die Kundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratie durch die Teilnahme auch des letzten Arbeiters und der letzten Arbeiterin von so großem Umfange werden muß, daß demgegenüber die Kundgebungen der nationalsozialistischen Kriegsheter als klein und unbedeutend verschwinden. Aber das arbeitende Volk Berlins muß auch zeigen, daß es mit der unentschlossenen und nur diesen Kriegsheteren und den Militaristen Vorschub leistenden Stellungnahme der Regierung und der Rechtssozialisten nichts zu tun haben will.

Klare Entscheidung tut not.

Neuer Krieg ist neues Unglück, besonders für das Proletariat, Ablehnung der Unterzeichnung völliger Zusammenbruch in aller kürzester Zeit.

Arbeiter! Parteigenossen!

Erkennt diese Gefahr. Sorgt dafür, daß alle Bankrotten und Unentschlossenen sich bewusst werden, daß die nächsten Tage über das Schicksal Deutschlands und das Schicksal der Revolution entscheiden.

Erscheint in ungeheuren Massen zur Kundgebung!

Die neue Armee.

Kürzlich war ich in einem kleinen, rein agrarischen Dörfchen Schleiß. Die Einwohner waren in einiger Erregung mit der Gründung einer Einwohnerwehr sollte es nun Ernst werden! Der Gemeindevorsteher hatte auf die ersten Anbahnungen des Landrats nicht reagiert, weil er die Geschäfte für ganz und gar überflüssig hielt. Aber nun war er so dringend gemahnt worden, daß er zur Tat schreiten und 20 Gewehre bestellen zu müssen glaubte. Er reiste mir das ganze antike Material, das ihm in dieser Sache zugegangen war. Es bestand in einer Anzahl von Rundscheiben, Richtlinien, Verblättern usw. Nach ihrer gewissenhaften Durchsicht kann ich folgendes berichten:

Der ganze Hummel mit den Einwohnerwehren auf dem platten Lande geht aus von einem Erlaß des preussischen Ministeriums des Innern, der am 18. März, also unter dem unmittelbaren Eindruck der Berlin-Nächterereignisse, erlassen ist. Der Erlaß macht empfehlend auf die ihm beigefügten Richtlinien aufmerksam, die der "Schutzbund der deutschen Landwirtschaft", Köthener Str. 39, entworfen hat. In diesen Richtlinien findet sich folgender Absatz:

In Sonntagen müßten von den Gemeinden, Gütern und Landstädten Übungen abgehalten werden, um vor allen Dingen bei den aus dem Kriege heimgekehrten alten Soldaten und den hinzutretenden jungen Elementen wieder Lust und Liebe zum Soldatenberuf zu erwecken. Unsere Kinder auf dem Lande müssen wieder lernen "Soldat spielen".

Angeblieh sind die Einwohnerwehren nur dazu bestimmt, gegen feindliche Einfälle wie gegen Aufstände und Blindeckungen durch Banden im Inlande Schutz zu bieten, auch "Spartakisten-Autos" abzufangen. Aus dem angeführten Passus geht jedoch der tiefere Sinn der Gründung hervor: der militärische Geist soll gepflegt und schon den Kindern eingeimpft werden. Wir können offiziell nach außen für den Völkerverbund mit Weltabrüstung. Offiziell im Innern aber wird von einem sozialdemokratischen Minister für den Militarismus in Reinkultur Propaganda gemacht.

Über die geplante oder vielmehr in den meisten Orten bereits in Szene gesetzte Organisation der Einwohnerwehren ist zusammenfassend Nachstehendes zu sagen:

Jedes Dorf, jedes Gut, jede Landstadt bildet eine Einwohnerwehr. Die Vorsteher haben dem Landrat zu berichten, wieviel Gewehre sie für erforderlich halten. Kreisstädte, sehr große Güter und Gemeinden sollen auch Maschinengewehre, leichte oder schwere, mit mindestens 3000 Schuß erhalten. Für jedes Gewehr sind mindestens 500 Schuß vorzulegen. Die Einwohnerwehren sollen sich möglichst an bestehende Organisationen (Kriegervereine, Schützenvereine usw.) anlehnen. Die militärische Anleitung und der Befehl sowohl zu den Übungen als auch im Ernstfall würden am besten alte gediente Unteroffiziere, Offiziere bzw. Reserveoffiziere übernehmen, heißt es wörtlich in den Richtlinien. Realnützige Übungen, auch nächtliche, sind abzuhalten. Gemeinliche Schießübungen sind vorzulegen. Mindestens einmal monatlich haben die Gewehre gereinigt zu werden. Alarmpläne sind festzusetzen. Als Signale für den "Ernstfall" sind in Aussicht genommen: Glockenläuten, Pfeifblasen, Trommeln auf aufgehängten Pfuschhörnern, Revolverpistolen mit roten Leuchttrakteten.

Man sieht, es ist an alles gedacht. Wenn unsere Behörden einmal militärisch organisieren, so organisieren sie auch gründlich.

Aber das ist alles nur ein Anfang. Nachdem jetzt die Einwohnerwehren in den Gemeinden, Gütern und Landstädten begründet sind, sollen sie "in den Kreisen, den Regierungsbezirken und den Provinzen zusammengefaßt werden". Als militärische Durchorganisierung ganz Preußens und Zusammenfassung der gesamten Einwohnerwehren in großen Verbänden. Alles unter dem Patronat der Generalkommandos, die Sorge dafür tragen, daß ihnen die Einwohnerwehren nicht etwa entleerten. In dem Verblättern des Generalkommandos heißt es in der Bezeichnung:

Das Generalkommando beabsichtigt, in jedem Kreise die Stellung eines militärischen Kreiskommissars zu schaffen, der als Berater des Landrats und der Ortsbehörden in den die Einwohnerwehr betreffenden Fragen mitwirken muß.

Eine Einzelheit scheint mir nicht ganz unbeachtlich. In dem Bericht des Generalkommandos ist über die Propaganda für die Einwohnervwehren gesagt: „Aufsicht in allen Tageszeiten ausschließlich der regierungsfreundlichen Intendanten.“

Wiso in den reaktionärfreundlichen rechtsradikalen Zeitungen sollen die Aufrufe erscheinen. Wohl gerade in ihnen! Hier haben sie sicherlich am meisten auf Erfolg zu rechnen.

Denn, das müßte doch eigentlich selbst der vertrauensseligste Rechtssozialist einsehen, diese Einwohnervwehren auf dem platten Lande drohen, das entscheidende Werkzeug der Gegenrevolution zu werden.

Sie kosten ein schweres Stück Geld! Die Waffen, die Munition, die Organisation, das ganze Schreib- und Bureauwerk, die Vergütung von Arbeitszeit usw.

Sie bedeuten eine bewußte Gegenarbeit gegen den Pazifismus. Statt den Geist des Völkerverbundes bei uns zu pflegen, dienen sie dazu, „Aust und Liebe zum Soldatenberuf“ zu erwecken und die Kinder zum „Soldaten spielen“ zu animieren.

Sie stellen eine schwere Ungerechtigkeit gegenüber der großstädtischen Arbeiterschaft dar. Die industriellen Arbeiter sind systematisch entwaffnet worden. Das in seiner Mehrheit leider noch arbeitserfreundliche platte Land wird systematisch bewaffnet und unter das Kommando von „alten Unteroffizieren, Offizieren und Reserveoffizieren“ gebracht.

Sie sind die gegebenen Kadaver für die Gegenrevolution, sobald diese ernstlich versuchen sollte, die ganze Macht an sich zu reißen. Heute hält sie das Ministerium für eine Schutztruppe seiner eigenen Macht und will sie nur als solche organisieren. Aber die Geister, die es ruft, werden ihm bald über den Kopf wachsen. Alle Kanteln dagegen helfen nichts.

Der agrarisch-konservative Geist, der den größten Teil des platten Landes beherrscht, wird den Einwohnervwehren bald seinen Stempel aufdrücken. Das wissen die reaktionären Großgrundbesitzer auch ganz genau. Darum sind sie wie ich höre, die eifrigsten Förderer der Einwohnervwehren.

S. v. Gerlach.

Ueber eine Parade in Leipzig berichtet das „Leipziger Tageblatt“:

„Pünktlich um 11 1/2 Uhr trat der kommandierende General v. Reuthold ein; der Vorbeimarsch begann. Die Spitze hatte Generalmajor Raeder inne, gefolgt von seinem Stabe. Hinter ihm folgte der Kommandeur der 1. sächsischen Grenadjärgabte Generalmajor v. Odershausen, darauf der Kommandeur der Infanterie General Müller. Rechts ausbliegend nahm die Generalität Aufstellung hinter dem kommandierenden General, um die Truppen passieren zu lassen. Unter den wehenden Wimpeln ihrer Lanzen eröffnete die 1. Grenadjärgabte den Marsch. Die 2. Grenadjärgabte folgte. Die 3. Grenadjärgabte folgte. Die 4. Grenadjärgabte folgte. Die 5. Grenadjärgabte folgte. Die 6. Grenadjärgabte folgte. Die 7. Grenadjärgabte folgte. Die 8. Grenadjärgabte folgte. Die 9. Grenadjärgabte folgte. Die 10. Grenadjärgabte folgte. Die 11. Grenadjärgabte folgte. Die 12. Grenadjärgabte folgte. Die 13. Grenadjärgabte folgte. Die 14. Grenadjärgabte folgte. Die 15. Grenadjärgabte folgte. Die 16. Grenadjärgabte folgte. Die 17. Grenadjärgabte folgte. Die 18. Grenadjärgabte folgte. Die 19. Grenadjärgabte folgte. Die 20. Grenadjärgabte folgte. Die 21. Grenadjärgabte folgte. Die 22. Grenadjärgabte folgte. Die 23. Grenadjärgabte folgte. Die 24. Grenadjärgabte folgte. Die 25. Grenadjärgabte folgte. Die 26. Grenadjärgabte folgte. Die 27. Grenadjärgabte folgte. Die 28. Grenadjärgabte folgte. Die 29. Grenadjärgabte folgte. Die 30. Grenadjärgabte folgte. Die 31. Grenadjärgabte folgte. Die 32. Grenadjärgabte folgte. Die 33. Grenadjärgabte folgte. Die 34. Grenadjärgabte folgte. Die 35. Grenadjärgabte folgte. Die 36. Grenadjärgabte folgte. Die 37. Grenadjärgabte folgte. Die 38. Grenadjärgabte folgte. Die 39. Grenadjärgabte folgte. Die 40. Grenadjärgabte folgte. Die 41. Grenadjärgabte folgte. Die 42. Grenadjärgabte folgte. Die 43. Grenadjärgabte folgte. Die 44. Grenadjärgabte folgte. Die 45. Grenadjärgabte folgte. Die 46. Grenadjärgabte folgte. Die 47. Grenadjärgabte folgte. Die 48. Grenadjärgabte folgte. Die 49. Grenadjärgabte folgte. Die 50. Grenadjärgabte folgte. Die 51. Grenadjärgabte folgte. Die 52. Grenadjärgabte folgte. Die 53. Grenadjärgabte folgte. Die 54. Grenadjärgabte folgte. Die 55. Grenadjärgabte folgte. Die 56. Grenadjärgabte folgte. Die 57. Grenadjärgabte folgte. Die 58. Grenadjärgabte folgte. Die 59. Grenadjärgabte folgte. Die 60. Grenadjärgabte folgte. Die 61. Grenadjärgabte folgte. Die 62. Grenadjärgabte folgte. Die 63. Grenadjärgabte folgte. Die 64. Grenadjärgabte folgte. Die 65. Grenadjärgabte folgte. Die 66. Grenadjärgabte folgte. Die 67. Grenadjärgabte folgte. Die 68. Grenadjärgabte folgte. Die 69. Grenadjärgabte folgte. Die 70. Grenadjärgabte folgte. Die 71. Grenadjärgabte folgte. Die 72. Grenadjärgabte folgte. Die 73. Grenadjärgabte folgte. Die 74. Grenadjärgabte folgte. Die 75. Grenadjärgabte folgte. Die 76. Grenadjärgabte folgte. Die 77. Grenadjärgabte folgte. Die 78. Grenadjärgabte folgte. Die 79. Grenadjärgabte folgte. Die 80. Grenadjärgabte folgte. Die 81. Grenadjärgabte folgte. Die 82. Grenadjärgabte folgte. Die 83. Grenadjärgabte folgte. Die 84. Grenadjärgabte folgte. Die 85. Grenadjärgabte folgte. Die 86. Grenadjärgabte folgte. Die 87. Grenadjärgabte folgte. Die 88. Grenadjärgabte folgte. Die 89. Grenadjärgabte folgte. Die 90. Grenadjärgabte folgte. Die 91. Grenadjärgabte folgte. Die 92. Grenadjärgabte folgte. Die 93. Grenadjärgabte folgte. Die 94. Grenadjärgabte folgte. Die 95. Grenadjärgabte folgte. Die 96. Grenadjärgabte folgte. Die 97. Grenadjärgabte folgte. Die 98. Grenadjärgabte folgte. Die 99. Grenadjärgabte folgte. Die 100. Grenadjärgabte folgte.“

Krampl.

Von Erich R. Schmidt.

Indessen datier Ködchen mit dem Suppenbissel in dem Keller herum. Tropfen spritzen. Der Vater wischt sie sich plegematisch von der Stirn. Die Mutter schilt. Kopf ködchen auf die Finger. Ködchen kreischt bösbartig auf. Der Jochen grinst versteinert.

Krampl läßt bezwinkeln:

„Ich habe dir doch schon oft gesagt, du sollst das Kind nicht schlagen! Konntst du das nicht begreifen?“

Und dann mit prägendem Blick:

„Dast du der Kleinen herbe die Augenränder; mit Salbe bestrichen? Raubst du, wieder nicht.“

Ködchen hat die gleichen entzündeten Lider wie der Vater. Stellenweise Schorf.

Julius Krampl laut, dumpf erregt, kein Fleisch. Greift mit seiner Gabel neue Kartoffeln aus der Schüssel, laut und hart; vor sich hin.

Jochen schlingt Ködchen schmeißt mit dem Vater um die Wette. Frau Emma nimmt drei Bissen und legt das Besteck zur Seite.

Sie ist noch jung. Schwere Flechten umrunden ihren Kopf. Braune Flechten voller Glanz. Aber ihre Mundwinkel sind milde, schlaff. Eine zehnjährige Ede, voll Rank, unerlöste Wünsche und Begierden in der Brust machen sie alt und dumpf.

„Also heute kommt Alfred“, sagte sie nach halbständigem Schwitzen.

Julius Krampl sah misstrauisch auf. Trug etwa seine Frau einen Zug starker Erwartung im Gesicht? Sollte Alfred, der Bruder Leihhahn, sich nicht geändert haben, Hoffnung auf Verbesserungen hegen? Warte, mein Bäckchen, du düstest dich täuschen. Er würde erst abend, Gut auspassen würde er.

Wogu überhaupt die Einladung? Sie ist ihm längst leid. Ueberflüssige Verwandschafts-Sentimentalität. Der Dank? Ein Dreck. Man hatte sich weiß Gott wie lange nicht gesehen; es wäre auch weiterhin gegangen. Er begann dem Bruder widrige Gefühle entgegenzuwerfen, noch ehe er anwesend war.

Ogenfäße erfüllten sie seit je. Alfred nahm das Leben auf die leichte Schulter. War pffrig und verächtlich. Hatte, kaum flüchtig, mit einundzwanzig Jahren, geheiratet. Erfahrungen schienen ihn zwar um einiges gebessert zu haben. Seine letzten Briefe klangen so. Was das nicht der Fall, nun, so sollte er etwas erleben. Julius Krampl redete die eingefallene Brust. Er war der Kelter. Der „Gengol“ sollte seine Ueberlegenheit wahren.

erschalle der Jubel des Publikums. Hinter jeder Infanterie-Abteilung folgten eine Batterie und eine Schwadron. Zwei schwere Batterien schlossen sich an. Oberst v. Franckenberg ritt vor dem zweiten Regiment her. Auch hier marschierten nach jedem Bataillon Maschinengewehre, Geschütze, Kavallerie, Selbst ein Bataillon war vertreten. Die 6. Schwadron und die 8. Batterie des 2. Landeskürassier-Regiments bildeten den Schluß.

Zwei Stunden dauerte der Vorbeimarsch, zwei erfreuliche Stunden in diesen trüben Zeiten. Wenn auch der friedensmäßig gedrehte „alte Mann“ an seinem Parade-marsch zu erkennen war, so wirkte doch die Truppe im ganzen überaus frisch und schneidig. Man spürte den Hottent Soldatengeist, und merkte doch auch, daß es ein neues Heer war, das hier vorübermarschierte.“

Die Reichsverbändler der Vorwärtsredaktion.

Unter dem Doppeltitel „Terror im Metallarbeiterverband“, „Mißregelung der Lokalangestellten in Stuttgart“ schreibt der „Vorwärts“:

In der Generalversammlung der Vermaltungsstelle Stuttgart des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde in geheimer Abstimmung ein von den revolutionären Vertrauensleuten eingebrachter Antrag mit 300 gegen 200 Stimmen angenommen, monoch sämtlichen Angestellten, 7 oder 8 Gewerkschaftsführern, gefändigt und unter Vorbezahlung eines vierwöchentlichen Monats die Entlassung gegeben wurde. Die Angestellten waren Gegner des Generalstreiks und hatten vor ihm als einem für die Arbeiterschaft und das ganze Volk schädigenden Beginnen gewarnt. Die Annahme des Antrages hat in den Kreisen der Metallindustrie große Erregung hervorgerufen.

Kein Wort ist scharf genug, um gegen diesen empörenden Terrorismus zu protestieren. Aber es ist eine Linie der Entwidlung: Pressefreiheit — worauf Ihr den „Vorwärts“ befehlet, persönliche Freiheit — worauf Ihr Neuring ab-schloß, und jetzt — Gewissungsfreiheit, worauf Ihr Gesellen, die einmal sich erlauben, anderer Meinung zu sein als Ihr, auf die Straße setzt. Merkt es Euch, Arbeiter! Der Militarismus ist befehligt (!), aber wer vor der Uniform — der Unabhängigen nämlich — nicht Front macht, siegt. Und was jagst Du dazu — „Freiheit“, die ich meine?

Wir wollen dem Lumpen, der das geschrieben hat und der Redaktion, die das veröffentlicht hat, unsere Meinung nicht vorenthalten.

Die Abhängigkeit Neuring's und Unabhängigen zuzuschreiben, ist eine subtile Gemeinheit, die Menschen, die nur eine Spur Anständigkeitsgefühl haben, nicht begreifen könnten. Im übrigen sind Vorwärtsleute die aller-lebsten, die das Recht hätten, sich über politische Maßregelungen auszusprechen. Die Leute sitzen dort, weil das Blatt von dem sozialdemokratischen Parteivorstand auf Grund des Beschlusses der Parteivorstände mit Unterstützung des General-kommandos der Berliner Arbeiterschaft ge-raubt worden ist. Seine Redakteure stiegen damals wegen ihrer grundsätzlichen sozialistischen Gesinnung aus der Redaktion. Die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ hat sie gegen den Widerstand der Prekominmission ohne Zahlung der Gehälter auf die Straße geworfen und den Bruch der Einwärts-gesinnungen bis vor das Reichsgericht vorchleiert. Die Vorwärts-Redaktion, die Anhänger dieser Maßregelung stehen auf ihren Stühlen sitzen, auch nachdem es längst festgestellt, daß der „Vorwärts“ nur das Organ einer Minderheit der Berliner Arbeiterschaft geworden ist.

Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Raub des „Vorwärts“ rüd gänzlich gemacht werden muß und daß er seinen rechtmäßigen Besitzern, der Berliner Arbeiterschaft, die in ihrer großen Majorität heute der Unabhängigen Sozialdemokratie angehört, zurückzugeben ist. Die Besetzung des „Vorwärts“ war eine schlichte Methode. Mit Pressefreiheit hat sie im Gegenzug etwa zur Besetzung von bürgerlichen Zeitungen aber nichts zu tun.

Was aber die Vorgänge in den Gewerkschaften anlangt, so ist dazu zu sagen, daß es das gute Recht der Stuttgarter Metallarbeiter ist, Beamte, die das Vertrauen der Mitglieder nicht mehr besitzen, zu entlassen. Denn wozu gibt es denn eine Wahl von Angestellten, wenn ein Angestellter nicht entlassen werden darf?

Eine andere Auffassung bedeutete unumchränkten und lebenslänglichen Absolutismus der Beamten.

Julius Krampl ging zum Postamt und bestellte den „Verner Bund“. Man sollte nicht glauben, daß er sich mit der Lektüre seines Kreisläufers begnüge. Er verfolgte innerlich und äußere Politik „aus hoher Perspektive“. Darum bestellte er den „Verner Bund“. Alfred würde sich wundern.

Dann aber sank Krampl wieder zusammen. Er ging zum Bureau, den Dornenweg. Ihm war die ganze Welt verhasst. Und der Landrat vor allem.

Eine Stunde vor Anbruch des Tages, der den Bruder Alfred bringen sollte, schwankte das Schlafzimmer des Krampl'schen Ehepaares vor Aufruhr.

„Und ich sage dir: du kommst nicht mit zum Bahnhof!“ mehlerte Krampl mit ungewöhnlicher Energie. „Du erlaubst doch, daß in allgemeinen Zeitfragen in eine Ansicht mahgebend ist, wie? Du kennst ihn noch nicht persönlich. Also hast du zum Bahnhof nicht mitzukommen! Damit basta!“

Krampl suchte mit dem Reispfinger den Fragen zu weiten. Sein Gesicht wurde tonvollig.

Frau Emma, in ihrer still auflehnenden Art, redete seine eigenkinnig.

„Und ich komme doch mit! Was ist das für ein Verbrechen, wenn ich, mit dir zusammen, deinen Bruder von der Bahn abholen will? Ich glaube, du bist auf meinen Schwager schon eifersüchtig, noch ehe ich ihn kennen lernst!“

Julius Krampl, in seinen geheimsten Gefühlen erkannt, be-angete sich mit einem glühenden „Du!“, das es dicht vor Emma's Antlitz ausblie.

Sie wich zurück, als er ihr nahe kam. Seine schadhastigen Zähne. Mangelhafte Verdauung. Es war nicht verlockend, ihn nahe zu spüren.

Julius Krampl setzte schließlich seinen Willen durch. Aufgeregt ging er zum Bahnhof. Seine Frau sah durch das Fenster auf die schwach erhellte Kleinstadtstraße.

Sie schloß sich an den Pfägel. Sie gedachte früher Mädchen-tage. Sie spielte, verträumt, melancholische Lieder, die Julius, in ihren kurzen Pflitterwochen, behaglich gestimmt hatten. Plötzlich ward ihr das bewußt. Sie brach sich ab. Ein Griff nach der Stirn. Scufzer.

Frau Emma Krampl ging in den Stall hinab, um die Biere zu melken.

In der Küche schalt das Dienstmädchen Anna mit Jochen und Käte, die beide schrien...

Mit derselben Logik könnte man der Regierung das Recht abspreden, die politisch reaktionären Landräte und Regierungspräsidenten jetzt zu entlassen. So unangenehm es dem Vorwärts sein mag, er wird sich schon daran gewöhnen müssen, er, — der sonst ja die Demokratie so verehrt, — daß auch in den Gewerkschaften der Wille der Mitglieder zur Geltung kommt.

Die neue Kriegshehe.

Aufwiegler und ähnliches Gesindel.

In Schlesien geht der nationalistische Tumel besonders hoch. In großen Plakaten und Inseraten wird dort für die Noskepartei geworben. Welcher Geist darin großgezogen wird, das geht aus einem Aufruf für die „Winterfelder“ deutlich hervor; es heißt darin:

Vertrauen dem Führer zur Truppe und dem Untergebenen zum Vorgesetzten, stramme Disziplin, freiwillige Unterordnung, guter Geist sollen in der eisernen Wehr herrschen.

Kommt alle, die Ihr dasselbe wollt; an Euch, Ihr alten Winterfeldner, ergeht der Ruf, aber auch alle anderen Gefasinnuten sind willkommen.

Fahnenflüchtige, Karabazur, Aufwiegler und ähnliches Gesindel finden keinen Platz in unseren Reihen.

Ein anderer Aufruf, unterzeichnet von einem Generalmajor und Divisionskommandeur, nennt als Vorbildung bei der Anmeldung: „Verpflichtung zu scharfster Manneszucht.“

Die flammenden Proteste.

Die Breslauer Volkswacht teilt mit, daß sich an einer Kundgebung in Beuthen, O.-S., etwa 36 000 Berliner beteiligt hätten; wenige Zeilen weiter berichtet das Blatt, daß dieselbe Kundgebung weit über 100 000 Teilnehmer aufgewiesen habe. Im Oberschlesischen Volkswillen, wird die Zahl gleichfalls einem rechtssozialistischen Blatte, wird die Zahl der Teilnehmer an einer stattotwiger Kundgebung auf ein und derselben Seite einmal mit etwa 36 000 und dann mit ungefähr 8000 Teilnehmern angegeben. Man sieht schon aus diesen Beispielen, welchen Wert die von der Pressestelle des Staatskommissars für Oberschlesien, des Rechtssozialisten Hering, herausgegebenen Meldungen über die flammenden Proteste der ober-schlesischen Bevölkerung haben.

Keine Stellungnahme zum Frieden.

Aus der Versammlung der rechtssozialistischen Arbeiterschaft, die zum Frieden Stellung nehmen sollte, ist noch der Schluß nachzutragen. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ erklärte Kallist: Wenn wir nicht unterschreiben, wird die Entente mit ihrem Zwangsmahregeln vorgehen. Dann wird es für uns keine hohe, keinen Bahnerlehr, kein Licht mehr geben. Wir werden das vollendete Chaos haben — und in vierzehn Tagen wird das unterschrieben werden. Jeder Geil kann sagen: Ich unterschreibe nicht! Das ist aber eine Politik des Wahsinn's. Erst eine Politik der Verständigung kann dem un-aufgelegten Friedensvertrag die Grundlage entziehen. Sie begründete seine von uns bereits mitgeteilte Resolution, die gegen den Genoffrieden protestiert, aber von der Regierung fordert, daß sie nicht durch Ablehnung die Wiederaufnahme des Krieges herbeiführt, sondern durch Verhandlungen den Weg zu ändern sucht. Prolet belonte, daß die Folgen dieses Friedensvertrages in erster Linie die Arbeiterschaft treffen würden, und auch Amend erklärte, diesen Friedensvertrag könne er nicht unterschreiben. Caspari äußerte, daß die Annahme der sozialistischen Resolution einen Jubel in den Untertanländern auslösen würde. Dieser Friedensvertrag bedeute den Tod des Sozialismus und sei daher unannehmbar. Er legte eine Resolution in diesem Sinne vor, die von der Regierung fordert, durch Verhandlungen einen Frieden auf der Grundlage der Wilson'schen 14 Punkte herbeizuführen. Nachdem der Frank den Friedensvertrag als unerfüllbar und unerschließbar und daher unannehmbar bezeichnet hatte, wurde die Debatte geschlossen. In der Abstimmung wurden dann sämtliche Resolutionsen abgelehnt. Welche Stelle fest, daß keine der S. S. D. Fraktion der A. und S. Räte sich für seine Bestätigung Stellungnahme zur Friedensfrage entschieden habe.

Als sie wieder ins Wohnzimmer trat, sah Julius hinter am Tisch. Er studierte in dem homöopathischen Werke des Dr. Anelpp. Sie sah ihm über die Schulter. Buchstabe V.

„Se wugte: Verdauung. Des Gatten Magen rumorte.“

„Wo ist dein Bruder?“ Keine Antwort.

Frau Emma ging in die Küche, und als sie zurückkehrte, sagte Julius, nach gesauerer Zeit:

„Du machst wohl indessen, daß er nicht kam.“

Alfred schickte Telegramm.

„Komm morgen früh mit dem ersten Zug. Heute Schluß verpocht.“

Krampl erlachte das Wort wortlos seiner Frau. Sie ahen Abendrot schweigend wie immer.

Nach einer halben Stunde stellte Krampl die allabendliche Frage:

„Ist die Biere im Stall?“

„Ja.“ Schmeigen. Die Kinder schmeigen am letzten Bissen.

Ködchen sagt:

„Käti Pappa tut.“

Das erhebt Krampl's Antlitz. Er nimmt die Kleine auf den Schoß. Er denkt sie, um seiner Frau weisse Ritzellungen zu machen, indem er zu dem Kinde sagt:

„Siehst du, nun ist der Onkel Alfred wieder nicht gekommen.“

So ein böser Onkel Alfred!“

„Onkel Alfred“, kreischt die Kleine. Und der Vater läßt fort: „Jetzt müssen wir bis zwei Uhr nachts warten, dann wird er endlich kommen.“

„Endlich kommen, ja.“

Da erhebt sich Frau Emma und schilt Jochen mit seiner bauernben Verbrechenstene ins Bett. Sie nimmt auch Ködchen vom Schoß des Gatten. Ruft: „Anna!“

Das Mädchen kommt. Holt die Kleine und räumt ab.

Julius Krampl studiert im Anelpp. Buchstabe V. Emma näh.

So warten sie bis 12 Uhr. Dann gehen sie zum Bahnhof. Da Krampl die nachlässigen Straßen schaut, darf seine Frau ihn begleiten.

Die eine langgestreckte Straße von Pulmen 11 flinken. Aber die Sterne hängen unheimlich nahe.

Große Glutaugen rasen über blühenden Schönen fern. Drei verlassene Passagiere halpfern von den Stufen der Abfahrt. Der Bruder Alfred ist nicht zu sehen. Er hatte natürlich den ersten Zug am nächsten Morgen, also um 6 Uhr, gemeint.

Die Haltung der rechtssozialistischen Arbeiterräte ist begehrlich für die Unentschiedenheit und Unklarheit, die über die Frage der Stellungnahme zu den Friedensbedingungen bei ihnen und in der ganzen rechtssozialistischen Partei herrscht.

Protest gegen den Gewaltfrieden.

Die Arbeitergemeinschaft freier Angestellterverbände protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die vom Geiste kapitalistischer Annexionen und Ausbeutung diktierten Verläufe Friedensbedingungen. Sie verurteilt aufs schärfste die geplante gewalttätige Unterbindung jeder weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, die für das wertvolle Volk zur wirtschaftlichen Verelendung führen müßte und ruft die Kopf- und Handarbeiter aller Länder auf, gegen diesen Imperialismus anzukämpfen, bis der Völkervertrag gesichert ist.

Die Grundgedung der freien Angestelltenverbände hält sich auch diesmal von dem allgemeinen nationalistischen Rummel frei und bringt klar zum Ausdruck, daß es sich in diesem Weltkrieg und seinen Folgeerscheinungen um eine internationale Krankheit handelt, deren Heilung einzig und allein in der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gesucht werden kann.

Die Schwarzblauischen Punktländer haben folgende Entschlüsse angenommen: Der Gewaltfrieden, den und die Entente auszuwählen, muß unterzeichnet werden, wie er auch ausfallen möge. Die Arbeiterschaft hat für die wünschenswerte Realisation der Despotenpolitik, der Nichtunterzeichnung, kein Ohr. Der Versuch, einen neuen Krieg heraufzubekommen, ist das Unvermeidlichste, was dem deutschen Volke geraten werden kann. Aber bei der bisherigen Politik der Regierung Ober-Scheidemann hat derartige Erscheinungen nicht im mindesten verwunderlich; für die Arbeiterschaft ist es klar, daß die Interessen des Proletariats verlassen und verraten sind.

Lebebour vor den Geschworenen.

Durch die Rechtfertigungsrede, die Genosse Ledebour heute vormittag im Schwurgerichtssaal zu Moabit hielt, hob er den Prozeß aus seiner juristischen Atmosphäre heraus und gab ihm den Charakter eines politischen Prozesses von historischer Bedeutung. Genosse Ledebour hob eingangs hervor, daß er sich in der Voruntersuchung geweigert habe, irgendwelche Angaben zu machen, weil er die ganze Art der Voruntersuchung, wie sie bei unserer heutigen Rechtspraxis gehandhabt wird, für rechtlich verfehlt halte. Sodann rechnete er mit dem Justizminister Sine ab, der durch seine Rede in der preussischen Nationalversammlung auf parteipolitische Gesinnung gegen einen von ihm geachteten Mann Stellung genommen hat, um ihn herabzusetzen und die Öffentlichkeit zu der auch die Geschworenen dieses Prozeßes gehören, zu beeinflussen.

Genosse Ledebour ging dann eingehend auf die Frage ein, wie er die Geschichte der Revolution, die einzelnen Vorgänge, die von der revolutionär gesinnten Arbeiterschaft und ihren Führern unternommen worden sind, um den Sozialismus herbeizuführen. Die Regierung habe im Verein mit den Regierungssozialisten alles getan, um die Verwirklichung eines wirklichen und gerechten Friedens zu verhindern. Die Regierung und die maßgebenden Parteien wollten keinen Ausgleichstreiben, weil sie sich des Sieges über das deutsche Volk seien, wenn sich der Reichstag den Forderungen der Unabhängigen Fraktion gefügt hätte, so sagte Genosse Ledebour mit energischer Stimme, zu den Geschworenen gerichtet. Er geißelte dann das Verhalten der Regierung und der Parteien beim Abbruch des West-Vertrages und der preussischen Gewaltpolitik und hob hervor, daß die heutige Regierung die Fortsetzung der alten Annexionsregierung sei und daher kein moralisches Recht habe, heute den Annexionsfrieden der Gegner abzulehnen.

Genosse Ledebour sprach nach 11 Uhr noch weiter. Er behandelte namentlich den weiteren Verlauf der Revolution...

Kampf lockt hämisch „So ist der Bruder. So war er immer. Jetzt kann er meinetwegen kommen, wann er will.“ Sie gehen schwelgend nach Hause. Es ist schön. Die Stierm in diesen Tagen aus. Gewitter weht. Es leuchtet Phosphoren. — (Fortsetzung folgt.)

Volksbühne.

Der Umzug.

Für eine Aufführung in der Volksbühne steht es wohl ein geeigneter Stück irgend eines noch unbekannteren Dichters entgegen, als es die Komödie „Der Umzug“ von H. Bauer. Greiff ist. Statt besonderer dichterischer Eigenart hat sie sich nur durch eine etwas ungewöhnliche „Stärke“ des Charakters abhebt; alle drei Akte spielen auf dem Boden der Wirklichkeit. Ansonsten ist das Thema nicht gerade neu: Dichters Leben, ein lebendiger Hungertod — Dichters Sterben, ein pompöser Nachruhm. Das alles überblickt er selbst aus der Perspektive der Wirklichkeit, an der sein bewußtes Bewußtsein ist. Am Anfang, unter Blütenbäumen und Amalgam steigt er auf seiner Brust hervor und sieht sich verwundert zu, wie sein Leben, in dem er des Totengrößers Leben leben lieh, unter heiligem Gepränge in ein Brunnenbad mit Rarnordenmalen, Dämonen und Trauervogeln „umgewandelt“ wird, und leidet angelehnt an dem „Nachruhm“ und dem rühmlichsten Kreisen dieser närrischen Kunstlerwelt, die ihn beispiellos, verachtet und verriet, in sein altes Kuchelbäcker unter der Erde gräbt.

Was in früheren Aufstellungen und Operetten aus diesem Thema etwas groß gemacht wurde, hätte in dieser halb märchenhaften, halb satirischen Komödie einmal vertieft gestaltet werden können, wenn die Verfasserin nach russischen Ansätzen nicht ganz so weit sich ins Burleske und Possenhafte verlor hätte. Im Verlauf der Handlung fehlt es leider an bunten Einfällen, aber der Reizhaftigkeit immer selbstloser, die Satire wird durchlässiger, die Charaktere großmüthiger. Am liebsten ist es, wie der Dichter unter der Sonne und dem Gegenlicht der Vögel nichts als ein Kind, das keine Annäherung zu liebsten und zutraulichsten Vorleserinnen gewinnt. Aber das von der Regie des Herrn Paul Landau in die schönste Färbung gemaht der Punkte bei der „Umzug“ überdies schließlich alle letzten dialektischen...

tion. Seine Ausführungen waren von höchster politischer Bedeutung. Er sprach frei und ungezwungen, wandte sich bald an die Richter, bald an die Geschworenen, bald sprach er nach dem Jurorenraum hin. Der Vorlesende ließ ihm in seiner Rede freien Spielraum, und antwortete ihm nur einmal, als er den Oberstaatsanwalt als eifrigen Verfolger des politischen Umsturzes bezeichnete. Dieser Prozeß wird sich nicht durch juristische Finessen lösen lassen. Es wird ein politischer Prozeß werden, an dem das gesamte Proletariat der Welt imigen Anteil nehmen wird. Die ganze Schuld der Regierung Ober-Scheidemann, ihr hinterhältiges Doppelspiel, die Schande, die sie durch ihr Verhalten dem deutschen Volke dem Ausland gegenüber zugefügt hat, werden aufgerollt werden. In diesem Prozeß wird nicht der Genosse Ledebour der Angeklagte sein, sondern die Regierung Ober-Scheidemann, die die Revolution vernichten hat, um sich eine gesicherte Existenz im kapitalistischen Staate zu schaffen.

Beseitigung der kommunalen Arbeiterräte?

In den letzten Wochen weigern sich immer neue Gemeinden, an die kommunalen Arbeiterräte fernerehin die Entschädigung zu zahlen, die von den Gemeinden nach der Bekanntmachung der preussischen Regierung vom 16. November 1918 zu entrichten ist. Der Bürgerrat Groß-Berlin hat, nach einem im „Vorwärts“ vom 18. d. M. erschienenen Bericht, beschlossen, auf Grund der angeblichen Tatsache, daß die preussische Regierung diese Bekanntmachung nicht in das Verzeichnis der der Landesversammlung zur nachträglichen Kenntnis unterbreiteten Verordnungen aufgenommen hat, den Minister des Innern um Aufklärung der Angelegenheit zu ersuchen. Der Bürgerrat führt sich auf eine Tatsache, die nicht wahr ist. Jene Verordnung ist unter Nr. 5 des vorerwähnten Verzeichnisses ausdrücklich aufgeführt. Infolgedessen kann keine Rede davon sein, daß preussische Gemeinden auch nur unter dem Anschein des Rechts die Zahlung von Entschädigungen an die kommunalen Arbeiterräte verweigern.

Zur Aufklärung der Angelegenheit hat Genosse Dr. Rosenfeld in der preussischen Landesversammlung folgende kleine Anfrage gestellt: „Mit der Regierung bekannt, daß sich in letzter Zeit eine größere Anzahl Gemeinden weigert, an die kommunalen Arbeiterräte die durch die Bekanntmachung vom 16. November 1918 vorgegebenen Zahlungen zu leisten? Was beabsichtigt die Regierung zu tun, um die Beachtung dieser Bekanntmachung durchzuführen und die Existenz der kommunalen Arbeiterräte zu sichern?“

Gewaltstreik gegen einen Bergarbeiterrat.

Das Oberbergamt Halle hat eine Verfügung erlassen, wonach auf Anordnung des preussischen Handelsministers der Bezirksbergarbeiterrat beim Oberbergamt Halle wegen Mißbrauchs seiner Tätigkeit, weil er eine politische Agitation gegen die bestehende Regierung entfaltet und zur Sammlung eines „Kampffonds“ aufzuforderte, beim Oberbergamt nicht mehr zugelassen werden würde. Dem Bezirksbergarbeiterrat wurde das durch folgendes Schreiben mitgeteilt:

„Schon wiederholt hat der Bezirksbergarbeiterrat eine Tätigkeit entfaltet, die sich offen aber verhehlt gegen die Reichs- und Landesregierung richtet. In dem Vertriebe von Nr. 119 des „Dallischen Volkswort“ vom 14. Mai d. J. ist ein von dem „Bezirksbergarbeiterrat beim Oberbergamt Halle“ unterzeichnetes Auftrags- und „Revolutionären Bergarbeiter Mitteldeutschlands“ abgedruckt, das mit dem Wort: „Kameraden! Arm in Arm mit dem Kapitalismus verhandelt euch die Regierung zu machen.“ Schändliche Maßnahmen, die man getroffen, um die revolutionäre Bewegung der Bergarbeiter zu verhindern.“ Nicht zu neuen Schlägen, der Tag der Abrechnung mit euren Feinden ist nicht mehr fern.“ Offen gegen die Politik und die Maßnahmen der Regierung Stellung nimmt und zu Widerstand und Kampf gegen die Regierung aufruft.“

Der Bezirksbergarbeiterrat kann deshalb in Zukunft für eine Tätigkeit bei dem Oberbergamt nicht mehr zugelassen werden, denn das Oberbergamt hat als Staatsbehörde die Politik der Sozialregierung zu unterstützen und kann nicht länger und entschied bei einem großen Teil des Publikums den Heilerfolg. Ein kleiner Teil entrißte sich in übertriebener und völlig unangelegener Weise auf Hauszettel, die die Darlegung des Kommissars selbst im Provinzialen Typen (besonders der Dichter hatte aber Herr Jürgen Behling in rechter Mischung die nötigen Merkmale von Tod und Leben, freilich ohne die volle künstlerische Überlegenheit. In den Mittelpunkt der Aufführung stellte sich bezugslos als Knaben der Julie Annabelm: sie war ein Springfeld der Wähe, ohne dabei die kindliche Natur zu verleugnen. Die Damen Beilge und Weikleder bewährten sich als redliche Mädchen, während Hel. Bergma als trauernde gräßliche Geliebte fast nur dekorativ zu wirken hatte. Herr Herzfeld als selbständiger Bürgermeister und Herr Sachs als verträglich fälschender Kultusminister waren zwei sehr amüsante Typen. Herr Verber zeigte als Diktator eigenen Umriss. Die Bühnenbilder von Karl Jakob Ditsch sorgten für Stimmungswitz am Dichtertag. E. H./

Die „Genossenschaft sozialistischer Künstler“ veranstaltet in der nächsten Zeit eine Reihe von Vorträgen, die die Entwicklung des Sozialismus nach der wirtschaftlichen und sozialen (sozialistischen) Seite, sowie die neuen künstlerischen und geistigen Aufgaben einer sozialistischen Gesellschaft behandeln. Referent ist die bekannte sozialistische Schriftstellerin Lu Wärien. Das Thema ist in drei Hauptteile geteilt: mit einem eingeleiteten Vortrag. Das Honorar für den Vortrag (vier bis 5 Ueber) beträgt 8 M., für alle vier Kurse 10 M. Genossenschaftlichen aber haben freien Eintritt. Ausdrücklich Programm wird auf Wunsch kostenfrei von der Genossenschaft Genossenschaft sozialistischer Künstler, Berlin-Steplich, Montanstraße 24, ver. sozialistischer Künstler, Berlin-Steplich, Montanstraße 24, als sandt. — Die Genossenschaft sozialistischer Künstler will als neue geistliche Organisation der freien künstlerischen Berufe, die demnachst stattfindenden Wahlen der Arbeiter-Räte in Groß-Berlin für die Ziele der Kunst nur unter einseitiger sozialistischer Führung zu erfolgen haben.

Wissens Paquet, der Dichter und Politiker, veröffentlicht seine Berichte und Aufzeichnungen über keinen einjährigen Aufenthalt in Moskau unter dem Titel „Im kommunalistischen Rußland“ im Verlage von Eugen Diederichs in Jena. Resi Ranges spricht am 22. Mai im Vestingmuseum gegen Wodolind. Dr. H. S. Röber wird den Abend einleiten.

weisen, daß Personen, welche öffentlich zum Kampfe gegen die Staatsregierung aufstehen, seine Tätigkeit überwachen und seine Diensträume benutzen.

Auf telegraphische Anweisung des Herrn Minister für Handel und Gewerbe ersuchen wir Sie, Ihre Tätigkeit bei dem Oberbergamt einzustellen und das Dienstgebäude des Oberbergamts mit allen Ihnen gehörigen Sachen bis zum Schlusse der heutigen Dienststunden zu räumen.

Die Zahlung Ihrer Bezüge wird mit Ablauf des heutigen Tages einstellt.

Die Führung des Buches „Beim Oberbergamt Halle“ ist Ihrer Bezeichnung: „Bezirksbergarbeiterrat“ wird Ihnen unterlagt.

Demnach hat der Bezirksbergarbeiterrat seine Tätigkeit am Oberbergamt mit dem Ablauf des 16. Mai eingestellt. E. H. S.

Die kapitalistische Presse jubelt bereits darüber, daß der Bergarbeiterrat nicht mehr zu sagen haben solle. So schnell dürfte das jedoch nicht gehen. Zunächst einmal werden die Bergarbeiter dazu Stellung nehmen und darüber entscheiden, ob sie die Beseitigung ihrer Vertretung zulassen wollen oder nicht. Der Aufruf, von dem in dem Schreiben des Oberbergamts die Rede ist, hatte folgenden Wortlaut:

Kameraden! Arm in Arm mit dem Kapitalismus verhandelt euch die Regierung zu machen. Aufhebung des Streikrechts. Ausnahme Gesetze und andere eben so schändliche Maßnahmen bei man getroffen, um die revolutionäre Bewegung der Bergarbeiter zu verhindern. Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Hohe Strafen werden verhängt. Mit Hilfe der Expressparagrafen will man die Führer in die Gefängnisse werfen.

Kameraden! Brecht den Terror der Kapitalisten und ihrer Handlanger. Auf euch kommt es an! Ihr seid der Stützpunkt der revolutionären Proletariats.

Nistet zu neuen Schlägen, der Tag der Abrechnung mit euren Feinden ist nicht mehr fern!

Bezirksbergarbeiterrat beim Oberbergamt Halle. Am Mittwoch, den 21., findet in Halle eine Konferenz der Bergarbeiterräte des mitteldeutschen Grubenreviers statt, die sich mit diesem Gewaltakt befassen wird.

Ungarn vor neuen Kämpfen.

Budapest, 19. Mai. Das kämpfende Proletariat Ungarns richtete ein Telegramm an das Proletariat der ganzen Welt, in dem es u. a. heißt: Die Lage der ungarischen Arbeiterpublik hat sich wieder geändert. Die Kapitalisten und Imperialisten des Auslandes rufen jedoch zu neuem Aufstand und schiden sich an, am 20. Mai einen allgemeinen Angriff von allen Seiten gegen die ungarische Arbeiterpublik zu richten. Die Kapitalisten sind solidarisch, um ein Volk zu erdrosseln, welches sich von der Ausbeutung befreit hat. Seid auch ihr solidarisch mit uns und macht dieses rüberische Abenteuer unmöglich!

Budapest, 19. Mai. Die „Vorwärts-Uffog“ meldet, gelang es in Kotospolota, eine Gesellschaft von Gegenrevolutionären dingst zu machen, welche durch einen bewaffneten Aufstand die Regierung stürzen wollten. Es wurden große Mengen Waffen und Munition gefunden. Die Verhafteten sind, daß sie mit dem gewesenen Leiter der Budapester Polizei in Verbindung standen, welcher in Budapest eine ähnliche Bewegung organisierte. Er wurde daraufhin ebenfalls verhaftet. Man vermutet, daß die Verhafteten auch mit den Brüdern und Wiesner Gegenrevolutionären in Verbindung standen.

Gewerkschaftliches.

Lehntampf der Rechtsanwaltsangestellten.

Nachdem dem Berliner Anwaltsverein und der Organisation der Angestellten schon lange Zeit Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages über den zwischen einer gemeinsamen Kommission der Anwälte und Angestellten bereits ein Einverständnis erzielt war, Anwaltsangestellte unterziehen sich aber der Gewerkschaft nach dem Handelsgesetzbuch, gehören also keinerlei gewerkschaftlichen Schutz. Ihre Beziehung ist wohl die schlechteste aller Berufsgruppen. Verheiratete Angestellte arbeiten noch immer für 150-200 M. monatlich. Pensionierungsfragen wurden nicht gewährt. Ein großer Teil der Anwälte hat im Gegenstand während des Krieges die Gehälter noch gekürzt, weil angeblich ihre Einnahmen auch geringer geworden sind. Eine Insurrektion der letzten Beziehung ist, ergibt wohl schon der Tarifvertrag, der Gehaltsfrage für Gehältern von 160 M. bis zu 200 M. monatlich vorliegt, letzteren Betrag nach mehrjähriger Tätigkeit für die außerordentlich betriebsmäßige Tätigkeit der Anwaltsangestellten werden 300-500 M. gefordert. Es handelt sich hier also wirklich nicht um „hohe“ Forderungen, die auch von der Kommission der Anwälte glatt anerkannt wurden. Der größte Teil der Anwälte hat sich aber gegen den Abschluß des Vertrages ausgesprochen und es traut man, nachdem die Angestellten den Vertrag angenommen haben, einzig und allein durch die Schuld der Anwälte zu einem neuen Kampf zu kommen. Die Angestellten haben zunächst den Schlichtungsausschuß angerufen, der sich in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit beschäftigen wird.

Tarifabschluß in den Eisenhandelsgeschäften und Eisenlagerplätzen.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband hat für die in den Eisenhandelsgeschäften, Eisen-, Stahl- und Eisenerzeugern, Eisenwaren-, Eisenhandlungen, Eisenhandlungen usw. beschäftigten Lagerarbeiter, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter usw. einen Kollektivvertrag zum Abschluß gebracht. Der Vertrag setzt folgende Löhne fest: Für jugendliche Arbeiter von 14-18 Jahren pro Woche 45,00 M., für jugendliche Arbeiter von 18-20 Jahren pro Woche 60,00 M., für jugendliche Arbeiter von 20-25 Jahren pro Woche 70,00 M., für alle Arbeiter über 25 Jahre pro Woche 85,00 M., bei halbjähriger Beschäftigung 90,00 M., für Arbeiter pro Woche 95,00 M., bei halbjähriger Beschäftigung 100,00 M. für Arbeiterinnen unter 20 Jahren ist der Lohn 20 v. H. über 20 Jahre 25 v. H. niedriger als für gleichaltrige männliche. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden mit der Maßgabe, daß an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen 9 Stunden früher Schluss ist. Überstunden werden mit 25 v. H. Zuschlag vergütet und Sonntagarbeit, die nur in besonderen dringenden Fällen geleistet werden darf, mit 50 v. H. Zuschlag. — Urlaub wird gewährt nach einjähriger Beschäftigung drei, nach zweijähriger Beschäftigung fünf, nach dreijähriger Beschäftigung acht Arbeitstage. Auch die Kündigung des § 616 B. G. B. ist vertraglich festgelegt. Der Vertrag hat rückwirkende Kraft ab 1. April 1919. Einzigige Differenzen bei der Durchführung sind sofort dem Branchenleiter Kollegen Rühlmann, Engel-Wer 21, zu melden. Ebenso sind alle Anfragen aus diesem Vertrag an diesen Kollegen zu richten.

